

<https://docplayer.org/109964674-Deutscher-bundestag-sitzung-bonn-den-9-februar-inhalt-gutachtliche-stellungnahme-der-deutschen-auf-bewilligung-von-forschungsmitteln.html>

26 7888 Deutscher Bundestag 5. Wahlperiode 154. Sitzung. Bonn, Freitag, den 9. Februar 1968 Dr. Jaeger

Sie haben das vieldiskutierte Leitbild des Staatsbürgers in Uniform durch ihr Verantwortungsbewußtsein in die Wirklichkeit übersetzt. Sie haben Mut gezeigt und allen anständigen Demokraten Mut gemacht. An diesem Vorbild orientiert, rufen wir Christlichen Demokraten jedem Minister, jedem Rektor und jedem Polizeipräsidenten zu: Landgraf, werde hart! (Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU. Oho-Rufe von der SPD.) Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Das Wort hat der Herr Bundesminister der Justiz. Dr. Dr. Heinemann, Bundesminister der Justiz (von der SPD mit Beifall begrüßt) : Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Situationen, wo an einfache Grundsachverhalte erinnert werden muß, und je ruhiger, je selbstsicherer, je selbstbewußter wir das tun, desto besser ist es. Die Grundsachverhalte sind für Staat und Kirche nicht die gleichen. Mir ist völlig bewußt, Herr Dr. Jaeger, daß unsere Freiheit sich in der Rechtsordnung darstellt. Unsere Rechtsordnung ist das Kleid der Freiheit, und wir sind glücklich, daß diese unsere Rechtsordnung eine freiheitlich-demokratische ist. Sie gewährleistet Grundrechte. Sie gewährt sie nicht, sondern die Grundrechte bestehen vor aller staatlichen Ordnung und Verfassung. Sie werden nur von der Verfassung noch einmal bestätigt und gewährleistet. (Beifall bei der SPD, der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU.) Indem wir uns dieses Wesenselements der Grundrechte bewußt bleiben, wissen wir auch um ihre Einbettung in unser aller Bewußtsein, wissen wir auch um ihre Tragweite und um ihre Grenze, und wir wissen auch um die Aufgabe staatlicher Gewalt, sei es der Polizei, sei es der Justiz, wenn die Grenze überschritten wird. Nun haben Sie mich besonders angeredet wegen meiner Empfehlung an die Veranstalter eines bestimmten Gottesdienstes in Hamburg. Verehrter Herr Dr. Jaeger, so sehr ich mir bewußt bin, was Staat ist, was Polizei ist, was Justiz ist, so sehr bin ich mir auch bewußt das bilde ich mir jedenfalls ein, was Kirche ist im Unterschied zum Staat. (Beifall bei der SPD, der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU.) Jahrelang haben wir in einem bestimmten Zeitabschnitt unserer Geschichte Charakter, Auftrag und Wesen einer kirchlichen Gemeinde und eines Gottesdienstes ohne Polizei, ohne Bundeswehr, ohne Reichswehr verteidigt und durchgehalten. (Zurufe: Und ohne Dutschkes!) Daran erinnert zu haben, sollte wahrlich keinen Vorwurf begründen, sondern ich wünsche jeder Kirchengemeinde, die von Dutschkisten oder anderen Ruhestörern systematisch überzogen wird, genau dieselbe Ruhe, dieselbe Selbstsicherheit und dasselbe Selbstbewußtsein, sich mit den Möglichkeiten zu wehren, die sich in aller Kirchengeschichte bewährt haben. (Beifall bei der SPD, der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU.) Präsident D. Dr. Gerstenmaier: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Abelein. Dr. Abelein (CDU/CSU) : Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß unsere staatliche Ordnung mit allen rechtlichen Mitteln aufrechterhalten werden sollte. Doch dazu möchte ich jetzt kein Wort mehr sagen. Wir haben immerhin jahrelang beklagt, daß unsere Studenten politisch desinteressiert seien. Das hat sich geändert. Wir brauchen uns nicht in allen Punkten darüber zu wundern, wenn dieses politische Engagement sich häufig nun nicht immer so äußert, wie wir uns das vorgestellt haben. Wenn ich die Wahl habe zwischen politischem Interesse, und zwar starkem politischem Interesse bei den Studenten mit manchen Überschäumungen - und einer Interesselosigkeit auf der anderen Seite, dann fällt mir die Wahl nicht schwer: dann wähle ich das erste. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Es gibt sicher eine Reihe von Motiven für die Unruhen an den Universitäten. Darauf jetzt im einzelnen einzugehen, fehlt die Zeit. Man kann vielleicht drei Motivkreise unterscheiden. Erstens richtet sich die Kritik gegen die Ordnung des Studiums. Es ist ganz

interessant, einmal zu sehen, woher die Unruhe an den Universitäten hauptsächlich kommt. Sie kommt nämlich aus einem ganz bestimmten Bereich und vorwiegend aus einer ganz bestimmten Fakultät. Ich bin aus eigener Erfahrung der Ansicht: dort ist in der Tat viel zu korrigieren. Das sollte man tun. Hier liegt ein berechtigtes Anliegen der Studentenschaft vor. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Die zweite Kritik richtet sich gegen die Struktur der Universität. Hier wird von Drittelparität und verschiedenen anderen Dingen gesprochen. Ich bin der Ansicht ohne jetzt zu einem bestimmten Zahlenproportio zu kommen : warum sollte man die Studenten nicht stärker als bisher an der Selbstverwaltung der Universität beteiligen? Die Studenten vermuten nämlich, daß hier geheime Sachen hinter verschlossenen Türen verhandelt würden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie prosaisch diese Tätigkeit ist. Ich würde gerne ständig Studenten als Vertreter in diesen Gremien sehen. Ich meine nur: man muß auch hier differenzieren. Ich halte es für ausgeschlossen, daß Studenten, die bei unserer Freizügigkeit des Studiums ein bis zwei Jahre an einer Universität studieren, dort nachher die gleichen Rechte wie ein Ordinarius haben, der unter Umständen sein Leben dort verbringt. (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Auch diese Dinge muß man ganz nüchtern sehen. -